Abend-Ausgabe

71. Jahrgang. № 409 — Mittwoch, 31. August 1927

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241
Nur für Nachtgespräche: 20011

Bezugs-Gebühr: vom 16. bis 31. August 1927 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.50 Mk. Bezugspreis für Monat August 1 Mark ohne Postzustellungsgebühr. Einzelnummer 10 Pfennig

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Ausw. Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/42
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden
Postscheck-Konto 1068 Dresden

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe „Dresdner Nachrichten" zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Der deutsche Wahlsieg in Memel.

Berlin zur Locarno-Rede Briands. — Ein englischer Flug nach Kanada.

Nur vereinzelte Stimmen für die Litauer.

Memel, 31. August. Nach den bisher vorliegenden Teilergebnissen der Wahlen zum Memelländischen Landtag haben die deutsch-memelländischen Parteien erneut einen glänzenden Sieg über die litauischen Parteien davongetragen. Die große Mehrzahl der Stimmen ist in allen Bezirken für die memelländischen Parteien abgegeben worden, während die Litauer nur vereinzelte Stimmen erhielten. Die Wahlbeteiligung, die in den Vormittagsstunden ziemlich schleppend gewesen war, setzte am Nachmittag rege ein und dürfte etwa 80 Prozent betragen. Die Wahlbegeisterung war allgemein. In den Nachmittagsstunden und kurz vor 8 Uhr, dem Schluß der Wahlhandlung, steigerte sich der Zustrom zu den Wahllokalen in vielen Orten zum Massenandrang. Die Wahl ist überall ruhig verlaufen.

Gegen Mittag lagen die Wahlergebnisse aus 128 von 208 Stimmbezirken vor. Danach erhielten die Memelländische Volkspartei 13 647, Memelländische Landwirtschaftspartei 12 260, Memelländische Sozialdemokratie 3895, Kommunisten 1902, Litauer (Großlitauer) 4615, Litauische Splitterparteien 1088, Litauische Sozialdemokratie 95 Stimmen.

In der Stadt Memel

liegen nunmehr die Ergebnisse aus allen Stimmbezirken vor. Danach erhielten: Memelländische Volkspartei 8548 (12 194), Landwirtschaftspartei 732 (208), Sozialdemokraten 1449 (2643), Kommunisten 2391 (1146), Großlitauer 1076 (428), litauische Sozialdemokraten 91 (0), Litauische Splitterliste 98 (0). Die Wahlbeteiligung in der Stadt Memel war diesmal etwas niedriger. Sie betrug 75 Prozent gegenüber reichlich 80 Prozent bei der letzten Wahl. Daraus erklärt sich zum größten Teil der Rückgang der volksparteilichen Stimmenzahl.

Aus Heydekrug-Ort liegt folgendes Ergebnis vor: Memelländische Volkspartei 1052, Landwirtschaftspartei 258, Litauen 129, Kommunisten 19 Stimmen.

Obwohl diesmal die litauischen Beamten im Memelgebiet wahlberechtigt waren, während die Optanten in Fortfall kamen, haben die Großlitauer nur wenige Stimmen mehr erhalten als bei den ersten Wahlen im Oktober 1925. Soweit sich bisher übersehen läßt, dürften die Großlitauer von den 29 Sitzen im Memelländischen Landtag drei (bisher zwei Sitze) erhalten.

Kabinettsrat in Kowno.

Kowno, 31. Aug. Die ersten Berichte über die Wahlergebnisse im Memelland sind dem Präsidenten der Republik und dem Ministerpräsidenten vorgelegt worden. Heute abend findet unter dem Vorsitz von Woldemaras ein Kabinettsrat statt, der zweifellos zu dem Wahlergebnis und zu den sich daraus ergebenden Folgen Stellung nehmen dürfte. (T.U.)

Kattowitz, 28. August. Die polnische Presse bringt kommentarlos die Meldung, daß im kommenden Schuljahr in Ostoberschlesien 23 neue Minderheitsschulen eingerichtet werden.

Berlin mit Briands Rede zufrieden.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 31. August. Die Rede, die der französische Außenminister Briand gestern auf der Tagung der Interparlamentarischen Union gehalten hat, hat in den Berliner amtlichen Kreisen starke Beachtung gefunden. Man weist in diesen Kreisen darauf hin, daß es als bedeutsam anzusehen sei, daß Briand sich hier wieder weitgehend zu der Politik von Locarno und zu der Politik einer Befriedung Europas bekannt habe. Man müsse das angesichts der Schwierigkeiten, die ihm bei der Führung einer solchen Politik gerade im eigenen Lande entgegengestellt würden, als ein Zeichen dafür ansehen, **daß Briand tatsächlich den guten Willen habe, die Locarno-Politik fortzusetzen.** Besonders weist man auf den Passus in den Briandschen Ausführungen hin, in denen der französische Außenminister erklärt, daß das Werk von Locarno sich auf sämtliche Grenzen Europas sowohl im Westen wie im Osten bezieht. Gerade diese Stelle der Briandschen Rede, die eine Zurückweisung der von dem französischen Senator de Jouvenel erhobenen Forderungen nach einem Ost-Locarno sei, zeige, daß die amtliche französische Außenpolitik sich die Forderung nach einem Ost-Locarno nicht zu eigen machen wolle, da nach dieser Ansicht das Werk von Locarno auch eine Sicherung gegen den Osten hin bedeute.

Zur gestrigen Kabinettssitzung.

Berlin, 31. August. Dem „Tag" zufolge befand sich unter den laufenden Angelegenheiten, mit denen sich die gestrige Kabinettssitzung befaßte, vor allem der Beschluß der polnischen Regierung auf Einsetzung neuer Kampfzölle gegen Deutschland. Eine politische Debatte habe sich an das Referat des Reichsaußenministers nicht angeschlossen. Nach dem „Lokalanzeiger" soll die Flaggenfrage nicht behandelt worden sein. (TU.)

Noch keine offizielle Mitteilung über den Besatzungsabbau.

Berlin, 31. August. Die von England und Frankreich in Aussicht gestellte offizielle Mitteilung über die bevorstehende Truppenverminderung im Rheinlande ist im Auswärtigen Amte nicht eingegangen. Man nimmt nunmehr an, daß sie dem deutschen Außenminister Dr. Stresemann gegenüber persönlich in Genf gemacht werden wird.

Die Verminderung der belgischen Besatzung.

(Durch Funkspruch.)

Paris, 31. August. Der Brüsseler Korrespondent des „Echo de Paris" berichtet, daß gestern der Kabinettsrat beschlossen habe, die belgischen Besatzungstruppen um ein Infanterieregiment in Stärke von 900 Mann herabzusetzen. Die Herabsetzung der Effektivbestände der drei Besatzungsarmeen soll unverzüglich vorgenommen werden. (W.T.B.)

Prager Chronik.

(Von unserem Prager Mitarbeiter.)

Prag, Ende August 1927.

Zu den bisherigen beiden politischen Erscheinungen des Sudetendeutschtums, dem Aktivismus und dem Negativismus, ist in den letzten Wochen eine dritte hinzugekommen: der Neoaktivismus. Die Anhänger dieser neuen Richtung finden sich heute fast in sämtlichen sudetendeutschen Parteien, vor allem aber in den Kreisen der im Parlamente nicht vertretenen deutsch-demokratischen Freiheitspartei und in denjenigen der deutschen Nationalpartei, die bisher die negativistische Richtung verkörperte und seit der Gründung des Staates in der Opposition zu jeder Regierung steht. Mit Neoaktivismus bezeichnen seine Anhänger eine **nationale Politik, die in der Zusammenarbeit mit den Tschechen die deutsche Unterstützung nur gegen sichtbare Konzessionen für das Sudetendeutschtum wünscht.** Sie verkörpert demnach eine Kritik der seit neun Monaten vom Bunde der Landwirte, der deutschen christlich-sozialen Partei und der Gewerbepartei eingeschlagenen Regierungspolitik, von der behauptet wird, daß sie gleichbedeutend sei mit einer vollständigen Unterwerfung unter die tschechischen Wünsche und mit einer Politik der nationalen Würdelosigkeit.

Die neoaktivistische Bewegung, die man auch die Bewegung der Unzufriedenen nennen kann, kristallisiert sich vorderhand um die aus dem Bunde der Landwirte infolge ihrer Haltung bei der Abstimmung über die Verwaltungsreform ausgestoßenen beiden Abgeordneten Dr. Haureich und Josef Mayer, die inzwischen eine eigene Partei, den Sudetendeutschen Landbund, gegründet haben. Es bestehen zurzeit also drei politische Auffassungen und acht politische Parteien, denen die Aufgabe zufällt, das Schicksal der 3½ Millionen Sudetendeutschen im böhmischen Raume zu gestalten. Nach der bisherigen Entwicklung ist allerdings daran zu zweifeln, daß der hier gekennzeichnete Gährungsprozeß bei der erstaunlichen Gleichgültigkeit des größten Teiles des sudetendeutschen Volkes die entscheidende Stoßkraft besitzt, um sich durchzusetzen. Es ist vielmehr anzunehmen, daß es bleiben wird, wie es ist.

In Karlsbad fanden in den letzten Wochen Besprechungen zwischen führenden tschechischen Politikern statt, mit dem Ziele, eine eventuelle **Erweiterung der augenblicklichen Regierungskoalition** ins Auge zu fassen. Staatspräsident Masaryk weilte dort, Ministerpräsident Svehla, eine Reihe anderer Minister und außerdem Führer der verschiedenen tschechischen Parteien. Die Stimmung war versöhnlich, wie es der Kurgebrauch vorschreibt, das Wetter gut, wie man behauptet, und über den Erfolg dieser Besprechungen wurde manche interessante Nachricht verbreitet. Es steht fest, daß die tschechischen Nationalsozialisten, die Partei Dr. Benesch', nicht übel Lust verspürten, wieder in die Regierungsmehrheit zurückzukehren, da die Stellung einer Oppositionspartei in der Tschecho-Slowakei zumindest materielle Nachteile in sich birgt, also wenig Freude macht. Auch die Teilnahme der tschechischen Sozialdemokraten soll erwogen worden sein, wurde aber bis auf weiteres zurückgestellt. Zu all diesen Meldungen ist zu sagen, daß sie verfrüht sind, und daß die innerpolitische Lage in der Tschecho-Slowakei zurzeit auf eine **Beibehaltung des alten konservativen Kurses** hinausläuft. Wenn Verhandlungen mit den Nationalsozialisten stattgefunden haben, so in erster Linie, um gegen die slowakische Volkspartei, die im Zusammenhange mit der Aktion Lord Rothermeres in gar nicht bescheidener Weise neuerlich eine ganz hübsche Auswahl von Forderungen präsentiert, einen Trumpf in der Hand zu haben. Ministerpräsident Svehla legt Wert darauf, den Slowaken zu zeigen, daß er sie sofort durch die Nationalsozialisten ersetzen könne. Die Slowaken werden aber zurzeit sehr stark von den Nationaldemokraten und Tschechischklerikalen unterstützt, besonders in der Forderung nach einem Friedensschluß mit dem Vatikan. Die Regelung der Beziehungen zwischen der Prager Regierung und dem Vatikan wird deshalb für die weitere innerpolitische Entwicklung der Tschecho-Slowakei von nicht zu unterschätzender Bedeutung sein.

Der Lohnstreit der Berliner Metallindustrie.

Zwei Konfliktpunkte.

Die drohende Gefahr eines umfassenden Streiks.

Berlin, 31. August. Ueber die Lohndifferenzen, die gegenwärtig wieder in der Berliner Metallindustrie aufgetaucht sind, gehen uns von unterrichteter Seite Ausführungen zu, in denen es heißt:

In der Berliner Metallindustrie laufen gegenwärtig zwei Bewegungen, die unter Umständen in dieser größten Berliner Industrie zu heftigen Kämpfen führen können. Bei der bekannten Elektrizitätsfirma Bergmann war ein Streik ausgebrochen, bei dem außer 154 Schlossern auch 182 Dreher in den Ausstand traten. Während aber die Schlosser die auf dem Verhandlungsweg gefundenen Vorschläge annahmen, verharrten die Dreher weiter im Streik und legten so praktisch den ganzen Betrieb lahm. Der Verband Berliner Metallindustrieller faßte, nach langen Konferenzen mit der Arbeitnehmervertretung, zuletzt den Beschluß, daß seine Mitglieder so lange keine Dreher einstellen sollen, bis die Streikenden in den Bergmannwerken sich zur Wiederaufnahme der Arbeit entschlossen hätten.

Diese Maßnahme hat nun zu einer Gegenaktion des Deutschen Metallarbeiterverbandes geführt, da dieser in dem Vorgehen des Arbeitgeberverbandes eine Aussperrung erblickt. Der Deutsche Metallarbeiterverband hat seine maßgebenden Instanzen zu Donnerstag vormittag zusammengerufen, um sich über Gegenmaßnahmen schlüssig zu werden. **Es ist beabsichtigt, aus den Betrieben bestimmte Arbeiterkategorien herauszuziehen und die Arbeit dort so lange zu sperren, bis der Beschluß des Verbandes Berliner Metallindustrieller, keine arbeitslosen Dreher einzustellen, aufgehoben wird. Es ist durchaus möglich, daß aus diesem an und für sich geringfügigen Anlaß eine größere Bewegung erwächst.** Jedenfalls wird der Kampf jetzt in eine Anzahl Betriebe hineingetragen, die bisher Arbeitsfrieden hatten.

Ein zweiter Streitpunkt in der Berliner Metallindustrie ist der Tarifvertrag, der von den Arbeitnehmern, besonders aber von den kommunistischen Gruppen im Deutschen Metallarbeiterverband, gefordert wird. Das Metallkartell, die Verhandlungsorganisation der Arbeitnehmer, ist gegenwärtig damit beschäftigt, einen Tarifvertrag auszuarbeiten, der dann dem Verband Berliner Metallindustrieller überreicht werden soll. Hier dürfte es deshalb zu großen Schwierigkeiten kommen, weil die Arbeitnehmer auf dem Standpunkt stehen, daß man an Stelle der früheren fünf Lohnklassen mit einer noch geringeren Zahl für die ganze Industrie auskommen müßte. Die Industriellen dagegen stehen auf dem Standpunkte, daß bei der Verschiedenheit der Berliner Metallindustrie selbst fünf Lohnklassen noch nicht ausreichen. Die Arbeitnehmer wollen jedoch Gruppentarifverträge abschließen, die sich aufbauen auf dem Beschäftigungsgrad des einzelnen Industriezweiges. Auch diese Forderung dürfte auf größte Schwierigkeiten stoßen, da die Industriellen der Meinung sind, daß bei einem Tarifvertrag die Gesamtlage der Industrie berücksichtigt werden muß.

An der Schwelle des vierten Dawes-Jahres.

Wieder amerikanische Zweifel an der Durchführbarkeit des Pakts.

(Durch Funkspruch.)

Neuyork, 31. August. Anläßlich des Abschlusses des 3. Dawes-Jahres hebt „World" hervor, daß Deutschland seine Verpflichtungen pünktlich erfüllt habe. Es sei auch für das nächste Jahr keine Schwierigkeit zu erwarten, wohl aber vielleicht entsprechend dem Berichte des Generalagenten Gilbert für das 5. Dawes-Jahr. Es hänge offenbar die erste Probe auf die Durchführbarkeit des Dawes-Planes in dem Jahre 1928/29 von der Bereitschaft (?) und der Fähigkeit der Reichsregierung ab, ihre Finanzen zu ordnen. Es bleibe auch abzuwarten, ob die umfangreichen Ueberweisungen im 5. Jahre den Devisenmarkt stören werden. Bisher zeigten zwar **Deutschlands Gläubiger eine überraschende Aufnahmefähigkeit,** doch seien angesichts der zu erwartenden Riesensummen Prophezeiungen voreilig. (WTB.)

Die Ziehung der Auslosungsrechte.

Berlin, 31. August. Im Gebäude der Reichsschuldenverwaltung fand heute die zweite Ziehung der Auslosungsrechte statt, die den Anleihealtbesitzern von Reichs- und Staatsanleihen nach dem Anleihe-Ablösungsgesetz zugeteilt worden sind. An dieser Ziehung haben sämtliche Auslosungsrechte teilgenommen, welche die Nummern 30 001 bis 60 000 tragen und bis etwa Mitte August d. J. zugeteilt worden sind. In drei Stunden war das Ziehungsgeschäft beendet. Die Auszahlung der ausgelosten Abschnitte erfolgt zum 1. Oktober d. J. zum fünffachen Betrage zuzüglich 4½ Prozent Zinsen für das Jahr 1926 und 1927 abzüglich der Kapitalertragssteuer vom Zinsenbetrag. Die ausgelosten Beträge für die Abschnitte, die im Reichsschuldbuch eingetragen sind, werden von Amts wegen durch die Post zugesandt.

Russisch-polnischer Grenzzusammenstoß.

(Durch Funkspruch.)

Warschau, 31. August. Nach einer Wilnaer Meldung des „Kurjer Warszawski" versuchte am 28. August eine russische Freibeuterbande einen Angriff auf die polnische Grenzwache von Braza durchzuführen. Nach halbstündigem Kampf wurde die Bande, die hierbei drei Tote verlor, auf das Gebiet der Sowjetunion zurückgetrieben.

SLUB
Wir führen Wissen.